Nr. 272.

Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belegblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 20 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 25 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Dienstag den 19. November 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ewald Schwandt in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots.

In einem Sonderdruck der „Preußischen Jahrbücher" wird eine Rede des **Prinzen Max von Baden** veröffentlicht, die dieser in der badischen Ersten Kammer halten wollte und woran er durch die Ereignisse verhindert wurde. In der Rede heißt es:

Meine **Friedenspolitik** wurde **entscheidend gestört** durch das **Waffenstillstandsangebot**, das mir **fertig vorgelegt** wurde, als ich in Berlin eintraf. Es schien mir **ein schwerer Fehler**, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes **Eingeständnis deutscher Schwäche** zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre. Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung solle als ihre erste Handlung ein detailliertes **Kregszielprogramm** aufstellen, das vor aller Welt unsere Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich mache und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die **militärischen Autoritäten** erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung **könne nicht mehr gewartet werden**. Die **Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot**. Wenn ich es nicht abgebe, so müsse die alte Regierung es herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. **Nach einer Woche** erfuhren die militärischen Autoritäten, daß sie sich an der **Einschätzung der militärischen Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hatten.**

Prinz Max schildert nun die **Wirkungen** des Waffenstillstandsangebots, die zu einem **Siegesübermut der Gegner** führten und zu einer Beschleunigung der Sonderaktionen der Verbündeten. Dann kommt er auf die Frage der **Abdankung des Kaisers** zu sprechen und schreibt:

„Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage dauernd zu orientieren. **Nur ein freiwilliger Entschluß** konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren. Man darf das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren **gewichtige Einflüsse** am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das **Signal zur Auflösung der Front** gegeben hatte. Als ich nach den Kieler Vorgängen die **Gefahr des Bürgerkrieges** immer näherrücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abg. Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das **Ergebnis meines Besuches abwarteten.** Am Nachimttag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen."

Meine Schritte nach meinem Entlassungsgesuch hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der **Volkswille ohne Gewalt** hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht noch unsere Arbeiter und Soldaten **noch 24 Stunden Geduld** gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfront halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen **einen Tag vor der Waffenruhe.**

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. **In die Hände der neuen Regierung** ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten, und uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler **Ebert** als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der **Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur** Ludendorffs befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die **Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.**

Die kommende Nationalversammlung.

Der Termin für die **Wahlen** zur verfassunggebenden Nationalversammlung ist in dem Entwurf des Wahlgesetzes, das am Sonnabend im Reichsamt des Innern fertiggestellt worden ist, auf **den 2. Februar 1919** angesetzt worden. Die **Feststellung der Wahllisten** soll am 2. Januar erfolgen. Der Entwurf, **der bereits dem Rat der** Volksbeauftragten vorliegt beruht in seinen Motiven und technischen Einzelheiten im wesentlichen auf dem vom Reichstag bereits im Sommer angenommenen Gesetz über die Einführung der Verhältniswahl in einer Anzahl von Wahlkreisen. Es wird damit gerechnet, daß die Exekutive, die jetzt über ihn beraten wird, noch diese oder jene Änderung vornimmt. Namentlich dürfte sich der Wunsch bemerkbar machen, die Wahlen schon an einem **früheren Termin** stattfinden zu lassen, obwohl gegen dieses Verlangen technische Schwierigkeiten angeführt werden.

*

Mit dem preußischen Minister des Innern ist eine Verabredung dahin getroffen, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die **Wahlen zur preußischen Nationalversammlung** Geltung haben soll.

* * *

Über die Wahl zur **Nationalversammlung** schreibt **Scheidemann** im **„Vorwärts"**: Die vernünftigen Elemente des Bürgertums haben sich in ausgiebiger Mehrzahl auf den Boden des Neugeschaffenen gestellt und suchen selbst nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten. Man geht fehl in der Annahme, die Nationalversammlung habe die Aufgabe, eine Art amtlichen Siegels unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Die Nationalversammlung wird die nicht geringe Aufgabe haben, innerhalb des neu geschaffenen Grundrisses das Haus aufzubauen, umzugestalten und sicherzustellen. Sie muß die neue deutsche Republik nach außen hin verhandlungsfähig und nach innen, nach der wirtschaftlichen Seite, geschäftsfähig machen. Es ist zu hoffen, daß schon die **allernächsten Wochen den Präliminarfrieden bringen werden**, der eben so wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgiltigen Frieden aber, der zugleich die Neuregelung unserer Geschäftsverbindungen zu unseren bisherigen Gegnern und unsere Wiedereinrichtung in den Weltverkehr und Welthandel, also konsolidierte Verhältnisse, bringen sollen, wird die Entente nur mit einem konsolidierten Deutschland abschließen.

Auflösung des kaiserlichen Hofhalts.

Der Kaiser

trägt in der Villa Bentink in Arnheim in Holland, die ihm als Aufenthalt dient, Zivilkleidung; er hat die Uniform eines Generals, die er zuletzt trug, für die Zukunft abgelegt. Er sieht um fünf Jahre älter aus, wie gebrochen von den sich überstürzenden Ereignissen. Sein einst blondes Haar ist fast weiß, die Haltung gebeugt. Er ist wortkarg und weist Zuspruch zurück.

Die Lyoner Presse meldet, daß der Gedanke der Auslieferung des **Kaisers**, angesichts der ablehnenden Haltung Englands, **fallen gelassen** worden sei, obwohl einzelne französische Deputierte die Auslieferung verlangen.

Rückkehr des Kaisers nach Potsdam?

Nach Auskunft des Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrats ist es nicht ausgeschlossen, daß der bisherige Kaiser nach Potsdam zurückkehrt. Den jetzt zuständigen Stellen ist unter Darlegung der gegenwärtig in Holland herrschenden unsicheren Verhältnisse eine derartige Anregung unterbreitet worden und hat keine grundsätzliche Ablehnung gefunden.

Unter dieser veränderten Sachlage sind auch die Gerüchte über eine Abreise der bisherigen **Kaiserin** hinfällig. Sie ist durch die Aufregungen sehr mitgenommen, hat aber dem Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrat mit ihrem Danke den Entschluß mitgeteilt, vorläufig weiter im Neuen Palais zu bleiben, nachdem der Vorstand des Soldatenrats sich für ihre völlige Sicherheit verbürgt hat.

Die **Kronprinzessin** ist mit ihren sämtlichen Kindern nach dem Schlößchen Cecilienhof übergesiedelt. Dort hat zwischen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und dem diensttuenden Kammerherrn von Stülpnagel eine Besprechung über die Regelung der Interessen der kronprinzlichen Familie stattgefunden. Die Kronprinzessin hat die Hoffnung ausgesprochen, daß das deutsche Volk ihr den Aufenthalt im gemeinsamen Vaterlande nicht versagen werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gleichzeitig zum Schutze der kronprinzlichen Familie eine Wache gestellt.

Über den künftigen Wohnsitz der Prinzen und Prinzessinnen des ehemals königlichen Hauses schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Hausministerium und dem Justizminister.

Prinz Eitel Friedrich ist von der Front nach Potsdam gekommen. An den Litfaßsäulen in Potsdam war am Sonnabend folgender Anschlag zu lesen: „Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen nur das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich." — Auch General von Treskow hat sich mit dem Kommandeur der Potsdamer Garnison dem Arbeiter- und Soldatenrat Potsdam zur Verfügung gestellt.

Der **Marstall** und der **kaiserliche Hofhalt** sind von der neuen Regierung übernommen worden. Die Beamten und Angestellten sind vom Arbeiter- und Soldatenrat verpflichtet worden und werden die Inventarisierung der Bestände vornehmen. Der Hofhalt wird, wie der Marstall, wohl später der von der Nationalversammlung gewählten Staatsform zur Verfügung gestellt werden.

Der Kronprinz auf einer Insel der Zuidersee.

Wie gemeldet wird, siedelte der frühere deutsche Kronprinz von Hilligenraad, wohin er sich nach seiner Ankunft in Holland zunächst begeben hatte, auf eine Insel in der Zuidersee über, die ihm von der holländischen Regierung überwiesen worden ist. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Hilligenraad hat nur einen Tag gedauert. Die Abreise erfolgte, weil die Besitzerin für die Sicherheit des früheren Kronprinzen keinerlei Bürgschaft zu übernehmen können glaubte.

Politische Tagesschau.

Die Kaiserin noch in Deutschland.

Die bisherige Kaiserin soll sich nach einer von anderer Seite verbreiteten Nachricht nach Holland begeben haben. Das ist, wie dem „Berl. Lokalanz." aus Potsdam mitgeteilt wird, unzutreffend. Die Kaiserin befindet sich noch dort.

Hindenburg gehört dem Volke.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel veröffentlicht zur **Übersiedelung des Hauptquartiers** nach Kassel folgende Erklärung: „Mitbürger und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutze! Wir wissen, daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Kassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird und daß er vor der Belästigung sicher ist. Der Generalfeldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten. Für den Arbeiter- und Soldatenrat: Grzosinski."

Großadmiral von Tirpitz in der Schweiz.

Die „Frankf. Ztg." schreibt: **Großadmiral von Tirpitz**, der wenige Tage vor Ausbruch der **Revolution in Berlin in aller Stille abgereist war, ist** in der Schweiz angekommen.

Der neue Eisenbahnminister.

Zum Minister der öffentlichen Arbeiten ist der bisher schon in den Eisenbahnabteilungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten tätig gewesene Ministerialdirektor **Hoff** ernannt worden.

Neuordnung der Kommandoverhältnisse.

Um eine **einheitliche Regelung der Demobilisierung** durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellv. Generalkommandos, der Generalstab und die oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Molkenbuhr. Richard Müller.

Parlamentarier bei Hindenburg.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten **Dr. Lensch, Stücklen, Giebel** und **Krätzig** trafen bei Hindenburg auf Wilhelmshöhe zur Mitwirkung bei der Demobilisation ein. Das Große Hauptquartier ist nunmehr in Kassel versammelt.

Die Rückkehr von der Westfront.

Während die Truppen aus den Etappen im Westen vielfach in größter Unordnung in die Heimat zurückfluten, sind die Befürchtungen, das gleiche treffe auch auf die Fronttruppen zu, glücklicherweise unbegründet. Die Divisionen der Westfront bewerkstelligen die beginnende Rückkehr nach der Heimat planmäßig und in voller Ordnung.

Keine Reichstags-Ersatzwahlen mehr!

In **München** hätte in diesen Tagen eigentlich eine Reichstags-Ersatzwahl stattfinden müssen. Nach einer Anordnung der **neuen Herren im Reiche unterbleibt** diese.

Verschmelzung der Freikonservativen mit den Deutsch-Konservativen.

Wie verschiedene Blätter erfahren, haben am Sonnabend **Einigungsverhandlungen** zwischen den Deutsch-Konservativen und Freikonservativen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß **beide Parteien sich verschmelzen** und in **Zukunft** gemeinsam auftreten werden.

Die Christlichsoziale Partei

hat folgenden Aufruf erlassen: „In schwerster Zeit gilt es, entschieden vorwärts zu schauen! Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und zu Landesversammlungen für die Einzelstaaten stehen bevor. Unverzüglich müssen unsere Freunde an den neuen Ausbau unserer Organisation, an die Durchführung des Vertrauensmännersystems gehen. Die Verhältniswahl gibt auch dort, wo die Christlichsozialen nicht zahlreich sind, jeder Stimme Gewicht. Wir müssen das schleunige Zusammentreten der Nationalversammlung fordern: Die herrschende Partei will die Trennung von Kirche und Staat und die religionslose Einheitsschule: Das ruft alle Christen auf die Schanzen! Ordnung und Ernährung müssen sichergestellt werden. Aus dem Zusammenbruch der alten Zeit ergibt sich der Sturz aller Parteien. Neues ist in Vorbereitung und Bildung. Seid der Parole gewärtig! Heute heißt die Losung: Seid rührig und wirkt! Franz Behrens, D. Reinhard Mumm, Otto Rippel, Wilhelm Wallbaum."

Gründung einer demokratischen Partei.

Der vorbereitende Ausschuß zwecks Gründung einer großen demakratischen Partei hat sich als demokratische Partei konstituiert. Zum vorläufigen Vorsitzenden wurde Professor Alfred Weber-Berlin bestimmt. Das Büro der Partei befindet sich Berlin-W., Kurfürstenstr. 107.

Die deutschen Katholiken an den Papst.

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht folgenden Hilferuf der deutschen Katholiken durch Funkspruch an den Papst: Das Kölner Komitee der deutschen Katholiken im Rheinland bittet namens aller deutschen Katholiken Eure Heiligkeit aufs dringendste, zum Schutze des deutschen Volkes, das von schweren Leiden und bitterer Hungersnot bedroht ist, Ihre Stimme zu erheben. Heimsuchungen stehen uns noch schlimmer bevor, als die der Kriegsjahre. Nach dem Wortlaut der grausamen Waffenstillstandsbedingungen können die Vielverbandsländer das deutsche Volk in das schlimmste Verderben treiben. Die verlangte Abgabe des für uns unentbehrlichen Eisenbahnmaterials legt den für die Ernährung des seit vier Jahren hungernden Volkes nötigen Verkehr nieder. Lebensmittel für feindliche Besatzungstruppen sind nicht aufzubringen. Inständigst bitten wir darum Eure Heiligkeit, namens der Meschlichkeit und der Grundsätze der Religion bei den Verbündeten für das Recht zum Leben unseres Volkes einzutreten. Geheimrat Gilles, Vorsitzer des Kölner Katholikenkomitees; Custodis, Rechtsanwalt; Dr. Höber, Hauptredakteur.

Frankfurt und Mainz bleiben unbesetzt.

Aus den Zusatzbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frankfurt am Main nicht zu den rechts-rheinischen Brückenköpfen gehört, also nicht von den Feinden besetzt wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die sich 10 Kiolmeter um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

Die amerikanische Lebensmittelhilfe.

Wie die „Post“ von zuständiger Stelle hört, sind die Verhandlungen über die Höhe der für Deutschland geforderten Lebensmittel aufgrund eines vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplanes jetzt abgeschlossen worden. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden: 75 000 Tonnen Fette, 150 000 Tonnen Fleisch, 230 000 Tonnen Getreide.

Verhaftung polnischer Abgeordneten.

Die polnischen Abgeordneten Seyda und Kurzawski sind auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrats während der Fahrt nach Warschau in Thorn verhaftet worden. Der polnische Abgeordnete Trampczynski, der sich über Kalisch nach Warschau begeben wollte, mußte wieder nach Posen zurückkehren, da ihm die Weiterreise untersagt wurde. Die Gründe für die Verhaftung der beiden Abgeordneten sind noch nicht bekannt.

Deutsch-Österreich an Wilson.

Ein von Dr. Bauer gezeichnetes Schreiben des deutsch-österreichischen Staatsamts für Äußeres verständigte Wilson von der Proklamierung der deutsch-österreichischen Republik. Darin wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Wilson die Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich auf Wiederherstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland unterstützen wird. Der Präsident wird ersucht, baldmöglichst Gelegenheit zu Verhandlungen über einen Vorfrieden zu bieten.

Weitere Milderung der Waffenstillstandsbedingungen?

Der Rotterdamer „Courant“ meldet aus Paris: Der Rat der Verbündeten beschloß eine weitere Milderung der Waffenstillstandsbedingungen. Die Zusicherungen sind bereits in der Nacht zum Donnerstag nach Washington abgegangen.

Entlassung der jüngsten Jahrgänge in Frankreich.

Der französische Kriegsminister hat angeordnet, daß die Jahrgänge 1887, 1888 und 1889 entlassen und heimgesandt werden.

Friedenskonferenz in Versailles.

„Daily Chronicle“ meldet aus London: Es steht jetzt fest, daß die Friedenskonferenz Anfang Januar in Versailles tagen wird. Zu den britischen Bevollmächtigten werden Lloyd George, Balfour und Barnes gehören. Die gesamte britische Abordnung einschließlich des notwendigen Personals wird über 200 Köpfe zählen. Nach den „Daily News“ werden auch die Beratungen über die Friedenspräliminarien in Versailles stattfinden und etwa nach dreißig Tagen, sobald die Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt sind, bginnen. Balfour und Sonnino sind bereits in Paris, Lloyd George und Orlando werden ebenfalls erwartet.

Washingtoner Depeschen bestätigen, daß Wilson und Lansing gegen Mitte Dezember in London eintreffen werden, um vor dem Friedenskongreß die wichtigsten Punkte zu erörtern.

Die Entscheidung über die deutsche Flotte fällt auf der Friedenskonferenz!

„Daily Mail“ berichtet, daß die endgiltige Entscheidung über die aufgelieferten deutschen Schiffe auf der Friedenskonferenz getroffen werden wird.

Ein englischer kleiner Kreuzer versenkt.

Ein dieser Tage zurückgekehrtes Unterseeboot berichtet, daß es am letzten Tage des Krieges, am 10. November, einen englischen kleinen Kreuzer versenkt habe.

Störung der Kabelverbindung mit Newyork.

Reuter meldet: Die Kabelverbindung mit Newyork ist unterbrochen.

Die Wahlen in Norwegen.

Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Storthingswahlen sind endgiltig gewählt: 52 Linksparteiler (vorher 74), 3 Arbeiterdemokraten (bisher 6), 35 Rechtsparteiler (bisher 21 einschl. der Freisinnigen), 16 Freisinnige, 18 Sozialisten (bisher 19) und 2 Bauernbündler.

Enver und Talaat auf der Flucht.

Von wohlunterrichteter Seite wird aus Paris gemeldet, daß Talaat Pascha und Enver Pascha, Kemal Bei, Nazim Bei aus Konstantinopel geflüchtet sind.

Die letzten Kämpfe in Ostafrika.

„Hollandsch Nieuws-Büro“ meldet aus London: Laut Informationen aus offiziöser Quelle halten die Deutschen unter General von Lettow-Vorbeck noch immer mit einer Truppe von ungefähr tausend Eingeborenen und dreihundert Europäern stand. Er verfügt zwar nicht über Geschütze, wohl aber über zahlreiche Maschinengewehre.

Hoover kommt nach Europa.

Der amerikanische Lebensmittel-Kontrolleur Hoover reist am Sonnabend an Bord des Dampfers „Olympic“ nach Europa ab, um das Problem der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Frankreich, Belgien und den Ländern der Mittelmächte, sowie des nahen Ostens zu studieren.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 19. November. 1917 Scheitern italienischer Angriffe am Monte Tomba. 1916 Vordringen auf Craiova in Rumänien. 1915 Eroberung des letzten Restes Alt-Serbiens. 1914 Niederlage der Russen bei Ploczk. 1912 Einnahme von Monastir durch die Serben. 1904 Enthüllung eines Denkmals Friedrichs des Großen in Washington. 1843 * Richard Avenarius, deutscher Philosoph. 1825 † Franz Schubert, deutscher Tondichter. 1813 Vorrücken der Preußen unter Bülow gegen den Rhein. 1808 Erlaß der Steinschen Städteordnung. 1805 * Ferdinand de Lesseps, Erbauer des Suezkanals. 1467 Abschluß der Konföderation zwischen den Ostsee-, Nordsee- und Binnenstädten des nördlichen und nordwestlichen Deutschlands zu Köln. Beginn der Glanzperiode der deutschen Hansa.

Thorn, 18. November 1918.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) sind aus unserem Osten: Sergeant Joseph Kowalkowski aus Graudenz; Musketier Adolf Stahnke aus Bobrau, Kreis Graudenz; Gardefüsilier Walter Schaar aus Graudenz; Landsturmmann David Czerwinski aus Kölln, Kreis Neustadt; Kaonier Gustav Thiemann aus Thorn.

— (Das Eiserne Kreuz) erster Klasse erhielt: Gefreiter Richard Laschinski aus Herminendorf bei Garnsee, Kreis Graudenz. — Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Musketier Gerhard Paul, Sohn des Mittelschullehrers P. in Thorn; Sergeant Friedrich Harder aus Braunsberg.

— (Mit einer bevorstehenden Einstellung des gesamten Personenverkehrs) muß mit Rücksicht auf die Demobilisation gerechnet werden. Der Bevölkerung kann daher nur geraten werden, Reisen jeder Art zu unterlassen, zumal die Reisenden keine Gewißheit haben, daß sie Gelegenheit zur Rückkehr finden.

— (Der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Belgien) ist eingestellt.

— (Keine Feldpostsendungen mehr!) Sowohl Feldpostsendungen nach dem Westen, als auch an deutsche Heeres- und Marineangehörige nach Österreich-Ungarn, auf dem Balkan, in der Türkei und in Rumänien werden bis auf weiteres nicht angenommen. Etwaige trotzdem noch aufgelieferte derartige Sendungen werden an den Absender zurückgegeben.

— (Urlaubssperre von 20 Tagen.) Wie dem Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Danzig mitgeteilt wird, hat das Kriegsministerium für die Heimattruppen wegen der Eisenbahnbetriebslage eine Urlaubssperre von 20 Tagen angeordnet, die mit dem 11. November begann. Diese Sperre war notwendig, um eine geregelte Kohlen- und Lebensmittelzufuhr zu ermöglichen. Die Linienkommandantur bittet die Arbeiter- und Soldatenräte, diese Sperre mit allem Nachdruck zu unterstützen.

— (Die jetzigen Zugeinschränkungen) haben eine erhebliche Verlangsamung in der Postpaketbeförderung im Gefolge. Es ist daher ganz unvermeidlich, daß eine große Zahl dieser Sendungen mit ganz oder teilweise verdorbenem Inhalt am Bestimmungsort ankommt. Es ist aber bei den jetzigen schwierigen Ernährungsverhältnissen höchst bedauerlich, daß auf diese Weise täglich sehr große Mengen von Lebensmitteln der Allgemeinheit verloren gehen. Zur Verhütung unersetzlichen Schadens für die Allgemeinheit kann der Bevölkerung nur dringend ans Herz gelegt werden, leicht verderbliche Eßwaren, insbesondere Fleisch in rohem Zustande, nur auf solche Entfernungen zu versenden, bei denen auch unter den heutigen Verhältnissen mit einer höchstens dreitägigen Beförderung zu rechnen ist.

— (Zwei wichtige Verfügungen,) die für den ganzen Bezirk des 17. Armeekorps gelten, sind vom Arbeitsausschuß des Soldatenrats für Westpreußen und vom stellv. kommandierenden General erlassen worden. Danach bleiben alle Offiziere in ihren Stellungen. Die zweite Verfügung besagt: Jedermann, der, ohne Urlaub zu haben, den Dienst verläßt, muß gewärtig sein, daß seine Ansprüche später nicht berücksichtigt werden. Kriegerfrauen, deren Männer sich, ohne Urlaub zu haben, nachhause begeben, verlieren das Anrecht auf Kriegsunterstützung. Der Anzug der Offiziere ist außer Dienst ohne Waffe und Rangabzeichen, im Dienst ohne Rangabzeichen, aber mit Waffe (kurzes Seitengewehr). Während des Dienstes besteht das frühere Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, außer Dienst anstelle der Ehrenbezeigung kameradschaftlicher Gruß.

— (Die angebliche Polengefahr.) Unter dieser Überschrift wird uns vom Arbeiter- und Soldatenrat in Thorn geschrieben: „In den meisten, selbst den führenden deutschen Zeitungen kursieren eine Menge Gerüchte über drohenden Einmarsch der Polen in unsere Ostmarken, Besetzung von Posen, Erhebung der Polen in den deutschen Gebieten u. s. w. Diese Gerüchte und Meldungen entbehren jeder Grundlage. Der Abtransport der deutschen Besatzungstruppen aus Polen vollzieht sich in voller Ordnung, sogar unter Mithilfe der polnischen Behörden. Der Grenzschutz ist in voller Funktion und die Polen in den deutschen Gebieten arbeiten durch Vertretung in den Arbeiterräten Hand in Hand mit den Soldatenräten, wie besonders hier in Thorn, aber auch in Posen, Graudenz, Danzig u. s. w. Von jeher Anhänger der sozialdemokratischen Ideen, unterstützen gerade jetzt die Polen die Partei und somit die Soldaten- und Arbeiterräte aufs energischste, da nur von einem Siege dieser Freiheitspartei auch eine absolute Besserung ihrer Lage zu erwarten ist. Sämtliche Gerüchte über Erhebung der Deutsch-Polen, drohenden Einmarsch in deutsches Gebiet sind lediglich Machenschaften vonseiten der Gegner und den diesen angehörigen Offizieren, um durch Beunruhigung, Verängstigung und Einschüchterung das Volk zu verwirren, eine straffe militärische Organisation nach dem alten System in den Ostmarken zu bewirken, aufgrund dieser die Macht in die Hand zu bekommen und die Regierung der demokratischen Parteien zunächst in den Ostmarken zu stürzen. Darum Vorsicht bei allen diesen unbegründeten Nachrichten, Vorsicht vor allem vor ihrer Verbreitung!“ U.

— (Kirchenkonzert.) Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, findet auch in diesem Jahre ein Bußtagskonzert in der Garnisonkirche statt. Die Namen der mitwirkenden Solisten und das der Zeitströmung angepaßte Programm verbürgen den Besuchern einen erhebenden, ungetrübten Genuß. Es sei insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß der Schluß der Musikaufführung so gelegt ist, daß auch die entfernt wohnenden Besucher vor der behördlich festgesetzten Polizeistunde bequem ihre Wohnungen erreichen können. Bei dem erfahrungsgemäß kurz vor Beginn des Konzertes sich einstellenden Andrang empfiehlt sich ein zeitigeres Einfinden. Für die mit Karten aus dem Vorverkauf versehenen Besucher wird rechts neben dem Hauptportale ein Eingang geöffnet sein. Für gute Heizung der Kirche ist Vorsorge getroffen.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Der Dienstag und Donnerstag bringt eine Aufführung der neueinstudierten Biedermeieroperette „Drei alte Schachteln“. Am Mittwoch (Bußtag) bleibt das Theater geschlossen. Am Freitag kommt in neuer Einstudierung das L'Arronge'sche Lustspiel „Häsemann's Töchter“ zur Aufführung.

Oeffentliche Volksversammlung in Thorn.

Am Sonntag Mittag 12 Uhr fand im neuen Saale des Viktoriaparks eine Volksversammlung statt, die zahlreich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besucht war. Der Leiter der Verhandlungen, Herr Urbanski, verlas die Tagesordnung mit den Forderungen: 1. In den Betrieben dürfen vorläufig keine Entlassungen vorgenommen werden. Die zurückkehrenden Soldaten müssen von den Arbeitgebern wieder in die alten Stellungen aufgenommen werden. 2a) Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises unter Kontrolle der Arbeitgeber und -nehmer. 2b) Arbeitslosenunterstützung für arbeitswillige, unverschuldet arbeitslos gewordene Personen unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Erst wenn diese beiden Einrichtungen geschaffen worden sind, dürfen von den Arbeitgebern Entlassungen vorgenommen werden. Herr Gewerkschaftssekretär Hopp-Graudenz In Graudenz ist ein Zuschlag von 40 Prozent zu den jetzigen Lohnsätzen als Mindestsatz gefordert. Bei Nichteinigung soll der Arbeiter- und Soldatenrat angerufen werden, der eine Lohnkommission einsetzen wird. Entlassungen dürfen nur mit Genehmigung der Arbeitnehmer-Vertreter vorgenommen werden. Diese Forderungen seien in Graudenz bewilligt worden. Der Vorsitzer verlangt die Einführung von Arbeiter-Ausschüssen in den Betrieben, wie sie aufgrund des Arbeiterschutzgesetzes vorgeschrieben sei. Herr Bürgermeister Stachowitz: Herr Oberbürgermeister Dr. Hasse hat in mündlicher Besprechung mit dem Arbeiterrat Erklärungen teilweise zustimmender Art gegeben. Zu Punkt 1 erklärte Redner das Einverständnis des Gesamtmagistrats, dazu seinen ganzen Einfluß zur Durchführung bei allen Arbeitgebern anzuwenden. Auch sollen Notstandsarbeiten von der Stadt vorgenommen werden. Der Magistrat stimmt auch der Einrichtung des paritätischen Arbeitsnachweises zu. Ebenso der Arbeitslosen-Unterstützung, zumal das Reichsgesetz hierüber Bestimmung getroffen hat, wonach das Reich sechs Zwölftel, der Bundesrat vier Zwölftel und die Gemeinden 2 Zwölftel beitragen. Herr Sokolowski vom Soldatenrat: Bis die Regierung eintreten kann, muß einstweilen die Stadt für die Heimkehrenden sorgen, sei es durch Arbeitsgelegenheit, sei es durch Unterstützungen. Diese können von denen geleistet werden, die Millionen verdient haben. Wenn es nicht freiwillig geschieht, werden wir sie dazu zwingen. Außerordentliche Lohnzulagen sind nicht zu empfehlen. In Rußland hat man damit schlechte Erfahrungen gemacht. Die Arbeiter forderten und erhielten immer höhere Löhne. Die Folge war, daß übermäßig viel Papiergeld gedruckt wurde und dieses dadurch entwertet wurde, sodaß alle Waren hoch im Preise stiegen. Ein zum Leben ausreichender Lohn genügt. Keine Papiergeldüberschwemmung! Redner mißbilligt, daß in der Lokalplauderei der „Presse“ Mitgefühl mit dem Sturz des Hohenzollernhauses geäußert sei, erklärt jedoch, auf Zurufe, die Preßfreiheit gelten zu lassen. Der Vorsitzer: Über die Lohnverhältnisse werden die Organisationen mit den Arbeitgebern verhandeln. Das Zugeständnis des Magistrats, die Lebensmittelverteilung durch Einsicht in die Bücher zu kontrollieren, genügt uns nicht; wir verlangen Sitz und Stimme im Lebensmittelamt, insbesondere Mitwirkung durch ständige Vertreter bei der Brotverteilung, damit die Verteilung nach oben und unten gleich ist. Als Beispiel einer Unregelmäßigkeit führt Redner die Verwendung von 2 Zentnern Weizenmehl bei einer Festlichkeit an. Herr Bürgermeister Stachowitz: Die Forderung, Sitz und Stimme zu erhalten, ist bereits von uns gewährt worden. Wir haben bereits Vertreter der Arbeiterschaft zugezogen. Die Rationierung ist uns vorgeschrieben, und die Lebensmittel werden uns, auf den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet, überwiesen. Es ist nichts zu verheimlichen. Die zwei Zentner Mehl sind anläßlich einer silbernen Hochzeit dem Jubilar käuflich überlassen, der sie für die Volksküche stiftete und die restlos den Gästen dieser Küche zugewandt seien. Der Vorsitzer fordert auch Vertretung bei der Provinzialstelle in Danzig, dann würde es nicht vorgekommen sein, daß den Schwerarbeitern meist verdorbene Eier geliefert wurden. Herr Wohlfeil: Die Vertreter müssen anders arbeiten als bisher. Wie die Offiziere durch die Obmänner der Soldaten kontrolliert werden, so müssen unsere Vertreter dem Regierungspräsidenten, Landrat und Bürgermeister zur Seite gestellt werden und allen Verhandlungen beiwohnen. Ich erkenne es an, daß der Magistrat diese Forderung bewilligt hat. Herr Fabrikbesitzer Stv. Krause: Die Forderung wäre längst erfüllt worden, aber die Arbeiterschaft hat früher kein Interesse daran gezeigt. Ich hegte früher auch Mißtrauen, habe mich aber durch Prüfung der Bücher davon überzeugt, daß diese korrekt sind. Prüfen Sie selbst! Finden Sie, daß irgendwo nicht gerecht verfahren ist, dann müssen die Beamten weichen. Herr Handelslehrer Fritsch erbietet sich, die Prüfung der Bücher umsonst vorzunehmen. Von Herrn Nowitzki vom Militärarbeiterverband wird dem Vorredner entgegengehalten, daß die Arbeiter kein Interesse gezeigt hätten, weil ihre Klagen stets abgewiesen worden seien. Ein Mitglied des Graudenzer Rats teilt mit, daß in Graudenz drei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates die Ämter besetzt hätten. Die Sache mache aber große Schwierigkeiten und sei sehr verwickelt. Darum wahren Sie Ruhe und Ordnung! Wir stehen und fallen mit der Lebensmittelversorgung. Herr Szwankowski Auch seine Vorschläge seien abgelehnt worden. Mit der Versorgung habe es sehr gehapert; die Zulagen seien zu klein gewesen, Kartoffeln hätten einmal ganz gefehlt. Ein Kaufmann an der Spitze hätte die Sache besser und billiger gemacht. Den aufgestellten Forderungen wird hierauf ohne Widerspruch zugestimmt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung nahm zuerst das Wort ein Mitglied des Soldatenrats, Herr Döhnhof: Die neue Ordnung bezwecke, daß jeder auf dem Posten, auf den er nach seiner Fähigkeit gestellt sei, sein gutes Auskommen habe, sei er Straßenbahnfahrer oder Minister. Alle Kreise sollen zusammen schaffen. Wenn das erreicht wird, ist der Krieg nicht umsonst gewesen. Die Gerüchte über Polen-Einfälle und sonstige Feindseligkeiten seien erfunden; die Polen fühlten sich in dieser Stunde der Befreiung als unsere Brüder. Das Entgegenkommen des Magistrats lasse erwarten, daß alles harmonisch verlaufen werde. Herr Rechtsanwalt Stv. Stenzel: Mit Freude habe ich gehört, daß die Deutschen von den Polen nichts zu fürchten haben, und umgekehrt. Die Meldung des „Berliner Tageblatts“ vom Einfall der Polen in Posen war erschwindelt. Die Polen wollen das garnicht. Wir müssen ja auch abwarten, wie der Friedenskongreß entscheidet. Polen und Deutsche müssen miteinander leben und sich deshalb anständig zu einander stellen. Der alte Staat, in dem für das Offizierkorps der Adel bevorzugt, das Judentum aber zurückgesetzt wurde und in Thorn im Stadtverordnetenkollegium weder Katholiken noch Polen, die Hälfte der Bevölkerung, vertreten waren, hat dem Volksstaat Platz gemacht. Jetzt ist die Macht bei den Revolutionären, aber alle Kreise des Volkes müssen daran teilhaben, denn sonst hätten wir wieder den Klassenstaat, der einen Stand bevorzugt, andere zurücksetzt. Im neuen Staat werden die großen Vermögen mehr herangezogen, besonders die Kriegsgewinne hoch besteuert werden, wie es in England schon geschieht; wer 5 Millionen verdient hat, kann auch leicht 4 Millionen abgeben. Von unseren Feinden können wir verlangen, daß sie uns nicht ruinieren. Falsch ist, daß wir nichts abtreten wollen. Von Posen werden wir etwas hergeben müssen. Dafür wird Deutsch-Österreich mit seinen schönen Landschaften mit Deutschland vereinigt werden. Die alte Staatsform ist, vielleicht verschuldet, zerbrochen worden. Aber unser Volk wird nicht untergehen. Herr Justizrat Stv. Aronsohn: Mitbürger, oder wenn Sie lieber wollen, Mitarbeiter! Alle Schaffenden müssen durch ein gemeinsames Band verbunden sein, das Wohl der Volksgesamtheit. Der Einzelne ist nichts, wenn ihn das Ganze nicht stützt, aber auch das Ganze ist nichts, wenn die Einzelnen nicht gedeihen. Freiheit und Ordnung gehen zusammen; Freiheit ist verderblich, wenn sie ohne Ordnung ist, aber auch die Ordnung hat keinen Wert, wenn sie ohne Freiheit ist. In der jetzigen schwierigen Lage kommt es nicht darauf an, wer die Macht ausübt. Alle sind entschlossen, die Regierung zu stützen. Die Nationalversammlung wird dann eine Vertretung aller Klassen sein, wie es zur Ordnung gehört. Dann wird der Staat gedeihen. Der Bolschewismus zerstört sich selbst und den Staat. Der Vorsitzer weist auf das Regierungsprogramm hin; dies werde durchgesetzt werden. Aus der Versammlung wird die Bildung einer Bürgerwehr für unnötig erklärt. — Hierauf folgen die Ergänzungswahlen zum Arbeiterrat. Die in der Freitags-Versammlung Gewählten wurden bestätigt und noch andere hinzugewählt. Um Spaltungen zu vermeiden, soll den Polen nahegelegt werden, von Aufstellung von Sonderkandidaten abzusehen, zumal sie im Rat schon ansehnlich vertreten seien. Mit einem Hoch auf das neue Deutschland wurde die Sitzung gegen 3½ Uhr geschlossen.

Um 5 Uhr fand eine polnische Versammlung im großen Viktoriasaale statt.

Thorner Stadttheater.

„Die Rabensteinerin.“ Schauspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.

Wildenbruchs Dichterruhm liegt zwar in erster Linie nicht auf dramatischem, sondern anderem Gebiete begründet, aber seine „Rabensteinerin“ gehört zu den besten Bühnenarbeiten des Dichters. In diesem Schauspiel werden uns durch das heftige Aufeinanderprallen ritterlicher und bürgerlicher Weltanschauung spannende, tief zu Herzen gehende Konflikte vor Augen geführt. Die Aufführung am Sonnabend, die zu den besten Schauspielaufführungen dieser Spielzeit gezählt werden kann, fand bei dem gut besetzten Hause eine überaus warme Aufnahme. Erna Molnar, die tüchtige Heroine unseres Stadttheaters, war eine treffliche Darstellerin der mutigen, edlen Tochter des Rabensteiners. Die Szene im Kerker mit dem jungen Welser, das plötzliche Hervorbrechen der lange im Herzen verschlossenen innigen Liebe Bersabes zu ihrem Freunde, wie die Schlußszene, da der junge Augsburger Edelmann für das schon dem Henker verfallene heißgeliebte Weib das erlösende Wort spricht, waren von tiefgehender Wirkung. Hiro Blank gab den Welser-Sprößling in guter Charakteristik. Fritz Sturmburg als wagemutiger Ritter von Rabenstein blieb seiner Aufgabe in kraftvoller Durchführung der Rolle nichts schuldig

Tadellos in Maske, Haltung und Spiel wurde der starrköpfige Vater Welser, dieser „königliche" Großkaufmann, von Adolf Wiesner dargestellt. Die Darstellerin der Frau Welser, Else Malti, wußte durch treffende Verkörperung diese sympathische Gestalt einer edel denkenden und echt weiblich empfindenden Persönlichkeit uns noch liebenswerter zu machen. Ilse Friedmann gab die hoffärtige Ursula Melber wirkungsvoll, wenn auch etwas Schematisches ihrer Darstellung anhaftete. Unter den Vertretern der kleineren Rollen verdient noch Carl Marschall besonders hervorgehoben zu werden, der aus dem treuen, aufopferungsvollen „Nunnenmacher" ein kleines Kabinettstück wohl abgewogener Darstellungskunst zu machen verstand. Für die Rolle der frommen Schwester des Rabensteiners fand Irma Hempel zu Herzen gehende Töne, Adolf Wiesner als Spielleiter hatte eindrucksvolle szenische Bilder mit Umsicht geschaffen, die für den Gesamterfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren. Die durchaus nicht leichte Inszenierung des Hochgerichts konnte befriedigen. —dt.

Letzte Nachrichten.

Entlassungen aus der Marine!

Berlin, 18. November. Jedermann, der ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld.

gez.: Ritter von Mann, Vogtherr.

Weiterbestehen der Gesetze und Verordnungen.

Berlin, 18. November. Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, inkraft bleiben, und von jedermann zu beobachten sind, wie auch jedermann im ungestörten Genuß der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Darnach besteht für Staatsangehörige die Verpflichtung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgabe unverändert fort. Namens der preußischen Regierung Dr. Brettscheid. Dr. Südekum.

Auslieferung der deutschen Geschütze.

Berlin, 18. Novmber. Dem „Lokalanz." wird aus Paris über Rotterdam gemeldet: Die Deutschen haben mit der Auslieferung der Geschütze begonnen. Der größte Teil der Kanonen besteht aus Feldgeschützen, später kommt die schwere Artillerie an die Reihe, darunter die 45 Zentimeter-Mörser.

Die Internierung der deutschen Kriegsschiffe.

Berlin, 18. November. Der erste Teil der für die Internierung bestimmten Kriegsschiffe hat, wie die „Voss. Ztg." berichtet, gestern Nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weitere Befehle abwarten, in welchen Häfen sie interniert werden sollen. Bis zum Abend waren ausgelaufen: die Linienschiffe „Bayern", „Großer Kurfürst", „Kronprinz Wilhelm", „Markgraf", „König Albert" und „Kaiserin", ferner die Kreuzer „Seydlitz" und „Moltke".

Die Feinde in Metz.

Metz, 18. November. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortruppen der Alliierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner, in Autos, sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Berliner Börse,

vom 15. November.

Die Wiederaufnahme am 15. November des Börsenverkehrs vollzog sich in ruhigen Formen. Naturgemäß hat die Unsicherheit bezüglich der Rückwirkung des politischen Umschwunges auf die einzelnen wirtschaftlichen Unternehmungen eine Unregelmäßigkeit der Kursbewegung zurfolge. Anfangs verblieben Deckungen den einzelnen Werten, so namentlich Lothringer Hüttenaktien, Rombacher, ferner die gute Haltung der Schiffahrtsaktien, die Steigerung einzelner Farbwerte, wie namentlich A. G. für Anilinfabrikation und Höchster Farbwerke der Haltung im allgemeinen ein ziemlich festes Gepräge. Kanada-Aktien stellten sich sogar sehr bedeutend höher, dagegen waren Rüstungswerte wie Rheinmetall und Daimler etwas gedrückt. Auch Elektrizitätswerte waren recht schwach. Von Bergwerks- und Hüttenaktien erfuhren gleich bei den ersten Umsätzen Bismarckhütte einen erheblichen Verlust, aber auch die übrigen gleichartigen Papiere neigten, von oben erwähnten abgesehen, zur Schwäche. Im Verlaufe vermehrte sich das Angebot namentlich in Montan- und Elektrizitätspapieren, und die hieraus sich ergebende Abschwächung übte ihren nachteiligen Einfluß auch auf die Kursbewegung der anderen Umsatzgebiete aus. Auch der Anlagenmarkt, der anfangs eine ziemlich feste Haltung insbesondere auch für deutsche Anleihen gezeigt hatte, blieb davon nicht unberührt.

Vom 16. November.

Der Börsenverkehr nahm auch heute einen lebhaften Verlauf. Die Abschwächung der Industriewerte setzte sich anfangs in langsamem Maße, später unter stärkeren Rückgängen fort. Auch Werte, wie Lothringer Hütten und Rombacher, die höher einsetzten, schlossen sich später der Abwärtsbewegung an. Das gleiche gilt von den anfangs meist gut gehaltenen Farbwerten und Elektrizitätsaktien. Erhebliche Verluste hatten wieder Bismarckhütte, Deutsche Waffen, Rheinmetall und Daimler aufzuweisen. Kaliaktien konnten sich ziemlich gut behaupten. Von Schiffahrtswerten stellten sich nur Hansa erheblich niedriger. Kohlenwerte zeigten mehr Widerstandsfähigkeit. Auslandspapiere, wie Kanada, Baltimore, Türkische Tabak, Orientbahn konnten sich teilweise um mehrere Prozent bessern, ebenso auch Schantung-Bahn. Am Anlagenmarkt herrschte für deutsche und österreich-ungarische Werte ziemlich feste Meinung. Auf englische Valuta lautende Papiere waren gebessert.

Berliner Produktenbericht

vom 16. November.

Im hiesigen Produktenverkehr beschränkten sich die Umsätze infolge der unklaren politischen Verhältnisse vorwiegend auf die Anschaffung unmittelbar benötigter Artikel, während Lieferungsabschlüsse nur wenig zustande kamen. Für Futterartikel hält die Nachfrage an, besonders für Futterrüben. Runkelrüben und Möhren sind gesucht. Für die öffentlich bewirtschafteten Artikel bedarf es natürlich zur Lieferung der Freigabeerlaubnis. Rauhfutter bleibt im freien Verkehr nach wie vor knapp. In Saatkartoffeln hat mit dem gestrigen Tage der Abschlußverkehr, der sehr lebhaft war, aufgehört. Die schriftlichen Verträge, die einer Genehmigung des Kommunalverbandes bedürfen, müssen bis spätestens 25. November hierzu eingereicht werden. In Gemüsesämereien ist das Angebot etwas umfangreicher. Der Verkehr in Klee- und Grassämereien ist still. Wetter: schön.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 18. Oktober, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 768,5 mm.
Wasserstand der Weichsel: 1,06 Meter.
Lufttemperatur: — 2 Grad Celsius.
Wetter: Schnee. Wind: Südosten.

Vom 17. morgens bis 18. morgens höchste Temperatur + 2 Grad Celsius, niedrigste — 3 Grad Celsius.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse

Für telegraphische Auszahlungen:	a. 15. Novemb. Geld	Brief	a. 14. Novemb. Geld	Brief
Holland (100 Gld.)	280,—	280,50	280,—	280,50
Dänemark (100 Kronen)	176,50	177,—	176,50	177,—
Schweden (100 Kronen)	192,25	192,75	192,25	192,75
Norwegen (100 Kronen)	177,25	177,75	177,25	177,75
Helsingfors (100 finn. Mk.)	73,25	73,75	73,25	73,75
Schweiz (100 Francs)	136,75	137,—	136,75	137,—
Oesterreich-Ungarn (100 Kr.)	55,20	55,30	55,20	55,30
Konstantinopel	20,30	20,40	20,30	20,40
Spanien (100 Pesetas)	136,—	137,—	136,—	137,—

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch den 22. November 1918. (Buß- und Bettag.)

Altstädtische evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Jacobi. Nachher Beichte und Abendmahlsfeier. Derselbe. Abends 6 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Lic. Freytag. Kollekte für die Diaspora-Anstalten in Kobissau.

Neustädtische evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Superintendent Waubke. (Darauf Beichte und Feier des heiligen Abendmahls.) Kollekte für die Diaspora-Anstalt in Kobissau.

Garnison-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, anschließend Beichte und Abendmahlsfeier für die gesamte evangelische Militärgemeinde. Festungsgarnisonpfarrer von Jaminet. — Sonnabend (am Vorabend des Totenfestes) den 23 November 1918, abends 6 Uhr: Beichte und Feier des heiligen Abendmahls für Familien. Festungsgarnisonpfarrer Erasmus.

Evangel.-lutherische Kirche. (Bachestraße). Vorm. 9½ Uhr: Predigt-Gottesdienst. Pastor Wohlgemuth.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst und Communion. Vorbereitung um 9½ Uhr. Pfarrer Arndt.

St. Georgenkirche. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Johst. Nachher Beichte und Abendmahl. Kindergottesdienst findet nicht statt. Nachmittags 5 Uhr: Gottesdienst, Pfarrer Heuer. Kollekte für die Diasporaanstalt in Kobissau.

Evangel. Kirchengemeinde Gramtschen. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst mit Abendmahl in Gramtschen. Pfarrer Bechherrn.

Evangel. Kirchengemeinde Rentschkau. Vorm. 10 Uhr: Buß- und Bettags-Gottesdienst in Rentschkau. Nachher Beichte und Abendmahl. Pfarrverwalter Dehmlow.

Evangel. Gemeinde Lulkau - Gostgau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Gostgau mit Beichte und heiligem Abendmahl. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in Lulkau mit Beichte und heiligem Abendmahl. Pfarrer Hiltmann.

Evangelische Kirchengemeinde Seglein. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Nachher Beichte und Herrenmahl. Pfarrer Franz. Nachm. 3 Uhr: Frauenhilfe.

Polizei-Verordnung.

Aufgrund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird mit Zustimmung des Magistrats für den Polizeibezirk des Stadtkreises Thorn folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird für den Stadtkreis Thorn eine Bürgerwehr errichtet.

§ 2.

Sämtliche Bürger des Stadtkreises Thorn vom 18 bis um 60. Lebensjahre sind bürgerwehrpflichtig. Freiwillige Meldungen von rüstigen älteren Bürgern sind zulässig.

§ 3.

Die Bürgerwehr untersteht dem Oberbürgermeister. Die Wehr wird in die Bezirke Innenstadt, Bromberger-Vorstadt, Culmer-Vorstadt, Mocker und Jakobs-Vorstadt eingeteilt. Jeder Bezirk erhält einen Führer und einen Vertreter. Diese sind Vertrauensmänner, ihren Anordnungen ist Folge zu leisten. Für Straßenzüge innerhalb der Bezirke werden Obmänner ernannt.

§ 4.

Die Aufgaben der Bürgerwehr bestehen in der Unterstützung der öffentlichen Sicherheitsorgane. Die Mitglieder sind zum Wacht- und Sicherheitsdienst verpflichtet und werden hierzu aufgrund von Listen (Kommandierrollen) aufgefordert. Die Heranziehung zum Dienste erfolgt gleichmäßig ohne Ansehen der Person. Eine allgemeine Dienstanweisung regelt den Dienstbetrieb.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis 9 Mark oder entsprechender Haft geahndet.

§ 6.

Diese Verordnung tritt sofort inkraft.

Thorn den 16. November 1918.

Die Polizei-Verwaltung.
Hasse.

Bekanntmachung.

Wir haben den Militäranwärter **Friedrich Marx** als Polizeisergeanten auf Probe angestellt.

Thorn, 12. November 1918.

Der Magistrat.

Gespanne gesucht.

Mehrere Gespanne in Tagelohn für dauernde Beschäftigung gesucht.

Angebote mit Preisangabe sind an das Lebens- und Futtermittelbüro, Mellienstraße Nr. 3/5, zu richten.

Thorn, 15. November 1918.

Der Magistrat.

Unser lieber treuer Kamerad, der
Kanonier

Gustav Thiemann

ist nun, nachdem er aufgrund einer Verwundung vier Monate lang auf Genesung hoffte, gestorben.

In den Schrecken und Gefahren des bitteren Krieges, welche er mit uns fast drei Jahre lang ertrug, war sein heiteres Wesen uns stets eine Wohltat.

Wir werden ihn nie vergessen!

Seine Kameraden
der 3. Bttr. Fußartl.-Btls. 134.

Sonnabend den 16. November, morgens 6½ Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unser einziges heißgeliebtes Töchterlein, Enkelchen und Nichte

Gerda

im zarten Alter von 8½ Jahren.

Dieses zeigen im tiefen Schmerze an

Biskupitz (Kr. Thorn), 18. November 1918

Wilhelm Lemke, z. Zt. im Felde, und Frau Helene, geb. Rose, nebst Anverwandten.

Die Todesstunde schlug zu früh.
Doch Gott, der Herr, bestimmte sie.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 20. November, um 2 Uhr, vom Hause ihrer Großeltern in Luben statt.

Einstellung des Personenverkehrs.

Zur Ermöglichung der Abbeförderung der von der Front in die Heimat zurückkehrenden Truppen muß in einigen Tagen für eine gewisse Zeit der Personenbetrieb mit geringen Ausnahmen auf allen Linien eingestellt werden. Der Tag des Eintritts dieser Maßnahme wird noch bekannt gegeben werden.

Das bürgerliche Publikum kann in dieser Zeit nicht mit Sicherheit auf Beförderung rechnen. Selbst auf den Schülerverkehr kann nicht überall die sonst gebotene Rücksicht genommen werden. Damit die wenigen noch verbleibenden Fahrgelegenheiten nicht bis zum Übermaße überfüllt und nicht unerträgliche Zustände geschaffen werden, wird an das Publikum hiermit die dringende Mahnung gerichtet, alle nicht unbedingt nötigen Reisen in dieser Zeit zu unterlassen. Dies liegt nicht nur im dringenden vaterländischen, sondern auch im eigenen Interesse der Reisenden.

Zur Sicherstellung dieser unabweisbaren Verkehrseinschränkung werden Fahrkarten nur an solche Personen ausgegeben werden, die die Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit der Reise durch schriftliche Unterlagen nachweisen können.

Die Notwendigkeit wird nur anerkannt werden:

a) bei Reisen von und nach den Zentralstellen der Kriegswirtschaft, wenn eine Anordnung oder Einladung dieser Stellen vorliegt,
b) bei Reisen aufgrund behördlicher Ladungen und Veranstaltungen,
c) bei beruflichen und geschäftlichen Reisen, die im allgemeinen öffentlichen Interesse liegen,
d) bei Todesfällen oder schweren Erkrankungen der nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatten, Geschwister und Kinder),
e) bei Krankheit des Reisenden, die offensichtlich die Eisenbahnbenutzung notwendig macht,
f) in anderen besonders dringenden Fällen.

Mitbürger, helft uns die für die Heimbeförderung unseres Heeres dringend erforderlichen Wagen freimachen.

Bromberg den 14. November 1918.

Eisenbahndirektion.

Vom 18. November 1918 ab werden außer Vieh, Lebens- und Futtermitteln, Zeitungsdruckpapier, Sprengstoffen für Bergwerke und leeren und vollen Kesselwagen für Benzin, Benzol, Benzolspiritus und Benzolpetroleum an landwirtschaftliche und industrielle Betriebe Eilgutladungen und Frachtgutladungen (auch Militärgut und Privatgut für die Militärverwaltung) bis auf weiteres von den Güterobfertigungen nicht zur Beförderung angenommen.

Bromberg den 16. November 1918.

Königliche Eisenbahndirektion.

Erhebliche Zugeinschränkungen

treten vom 18. November ab ein. Auf vielen Strecken verkehrt nur 1 Zugpaar. Näheres enthalten die auf den Bahnhöfen ausgehängten Bekanntmachungen.

Bromberg den 16. November 1918.

Eisenbahndirektion.

In das Handelsregister ist bei der Kommanditgesellschaft **L. Simonsohn** in Thorn eingetragen worden:

Die Liquidation ist beendigt und die Firma erloschen.

Thorn, 10. November 1918.

Königliches Amtsgericht.

Oeffentliche

Zwangsversteigerung

Dienstag den 19. d. Mts.,
vormittags 11 Uhr,
werde ich nachstehende Gegenstände:
diverse einfache Büroutensilien, wie Schreibtisch, Tische, Schränke, Regale,
ferner:
2 eis. Kokskörbe, 2 eis., kleine Pumpen u. v. a. m.
öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung zwangsweise versteigern.

Versammlung der Käufer Friedrichstraße 2.

Thorn den 16. November 1918.

Knauf, Gerichtsvollzieher.

Praktiziere von heute ab wieder selbst.

Zahnarzt Scharf.

Sprechstunden vormittags 9—12, nachmittags 3—5 Uhr.

Mein Geschäft

ist wegen Personalmangels von heute ab von

7½—4 Uhr

geöffnet.

Franz Zährer.

Federkrausen

werden aufgearbeitet, sow. aus alten Straußfedern angef. Annahmestelle „Edelweiss“, Heiligegeiststr.

Mohrrüben

zu Futterzwecken, Zentner 7 Mk., gibt ab

Ad. Kuss, Culmerstraße 12.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

am

Freitag, 22. November 1918,
nachmittags 3½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung des St. Georgen-Hospitals für das Rechnungsjahr 1916.
2. Rechnungslegung des St. Jakobshospitals für das Rechnungsjahr 1916.
3. Rechnungslegung des Katharinen-Hospitals für das Rechnungsjahr 1916.
4. Rechnungslegung der Steuerverwaltung für das Rechnungsjahr 1916.
5. Nachbewilligung von 3000 Mark zu Ausgabe-Titel IV,2 des Haushaltsplans der Straßenreinigungs-Verwaltung.
6. Nachbewilligung von 300 Mark zu Ausgabe-Titel III,1 des Haushaltsplans der Kämmereiverwaltung.
7. Nachbewilligung von 500 Mark zu Ausgabe-Titel XIII,13 des Haushaltsplans des Lyzeums und Oberlyzeums.
8. Zustimmung zu Verstärkung der Rücklage von 13000 Mark für die Ausgestaltung des Wäldchens bei Grünhof um die 529,65 Mark, welche als Entschädigung für entgangene Nutzung aus der alten Baumschule an der Kasernenstraße von der Militärverwaltung gezahlt worden sind.
9. Rechnungslegung der Verwaltung des Lyzeums und Oberlyzeums für das Rechnungsjahr 1916.
10. Zustimmung zur Niederschlagung der Beiträge zu den Kosten für Rattenvertilgung und zur Rückzahlung der schon eingezahlten Beiträge.
11. Wahl eines besoldeten Stadtrats.
12. Wahl von 3 Stadtverordneten und 1 Bürgerdeputierten für den Beirat zur Festsetzung der Gassperrstunden.
13. Zustimmung zum Erlaß eines Ortsgesetzes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.
14. Zustimmung zur Weiterverpachtung des Schankhauses 3 vom 1. April 1919 an auf 3 Jahre unter den bisher giltig gewesenen Bedingungen an den Sohn Paul des bisherigen Pächters Julius Kruczkowski.
15. Zustimmung zur Weiterverpachtung des städt. Platzes an der Pastorstraße vom 1. April 1919 an auf ein Jahr zu den bisher giltig gewesenen Bedingungen an den Mauerermeister Skowronek.

Nicht öffentliche Sitzung.

16. bis 21. Personalsachen.

Thorn den 18. November 1918.

Der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung.

Schlee.

Maschinenschreiben

auf nur mod. Maschinen lehrt erfolgr.

M. Friedewald, Bücherrevisor, Gerberstr. 33—35, Eing. Schloßstr.

Morgen auf dem Fischmarkt

größerer Posten

kleine Fische

zum einmarinieren, ferner

frischer

Weichsellachs

in Stücken.

Scheffler,
Fernruf 415.

Herren- und Damen-Pelze, Anzüge und Kostüme,
Umarbeitung und Neuanfertigung
Schneidermeister Wozny,
Bäckerstraße 13, 2.

Neu eingetroffen:

1 Waggon

Braungeschirr, Schüsseln, Milchtöpfe, Kuchenformen Pökeltöpfe, Wärmekruken **rc.**

Gustav Heyer,
Rathausgewölbe 6,
geöffnet von 8—2 Uhr

Verkauf von

Kloben, Knüppel und Kleinholz.

Schankhaus 3, an der Eisenbahnbrücke.

Gemäß der Anweisung des

königl. preußischen Landesfleischamts

vom 6. November 1918 Nr. B. I. 3761/18 und A. I. 8009/18 wird aufgrund der Verordnungen des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607), vom 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (R.-G.-Bl. S. 673),

und aufgrund der Verordnung des Bundesrats über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (R.-G.-Bl. S. 199) zu § 10, Abs. 3 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. August 1916 (R.-G.-Bl. S. 935),

sowie der Anordnungen der Landeszentralbehörden, betreffend Errichtung eines Landesfleischamts und von Provinzial- (Bezirks-) Fleischstellen vom 22. August 1916 (Ministerialblatt für Landwirtschaft 1916, S. 212) und betreffend den An- und Verkauf von Zucht-, Nutz- und Magervieh vom 16. Juli 1918 (Ministerialblatt für Landwirtschaft 1918 S. 166) für den Umfang der Provinz Westpreußen folgende Anordnung erlassen:

Satz 1.

Jeder Halter von Vieh darf Rinder, Kälber, Schafe und Schweine zu Zucht- oder Nutzzwecken für den eigenen Bedarf nur an solche Personen verkaufen oder abgeben, die ihm persönlich bekannt sind oder die sich über ihre Person vollständig ausweisen können.

Ein Verkauf oder eine Abgabe von Vieh an unbekannte, unausgewiesene Personen ist verboten.

Die gemäß unserer Bekanntmachung vom 11. Juli 1918 über den Verkehr mit Schweinen einschl. Ferkeln und Läuferschweinen (Sonderblatt zu den Regierungsamtsblättern Danzig und Marienwerder vom 13. Juli 1918, S. 241 und S. 231) und der Bekanntmachung vom 25. Juli 1918 für den Verkehr mit Schlachtvieh (Sonderblatt zu den Regierungsamtsblättern Danzig vom 28. Juli 1918, S. 265 und Marienwerder vom 27. Juli 1918, S. 253) weiter bestehenden Beschränkungen werden durch diese Anordnung nicht berührt.

Satz 2.

Jeder Viehhalter, der Rinder, Kälber, Schafe und Schweine zu Zucht- oder Nutzzwecken verkauft hat, darf die Verbringung der verkauften Tiere von Stall zu Stall oder von Ort zu Ort innerhalb des Kommunalverbandes nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung durch den Leiter des Kommunalverbandes vornehmen oder vornehmen lassen. Der Verkäufer ist verpflichtet, diese Genehmigung des Kommunalverbandes für die Wegbringung des Tieres mindestens ein Jahr lang aufzubewahren.

Soweit eine Ausfuhr von Zucht- oder Nutzvieh aus einem Kommunalverbande in den Bezirk eines anderen Kommunalverbandes sowie der Versand auf der Eisenbahn infrage kommen, bleiben die Anordnungen der Landeszentralbehörden über den Verkehr mit Zucht- und Nutzvieh vom 27. Dezember 1917 (Regierungsamtsblatt Danzig Nr. 1 und Regierungsamtsblatt Marienwerder Nr. 2 für 1918) sowie die dazu ergangene Bekanntmachung der Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Westpreußen vom 14. Februar 1918 (Sonderblatt zu den Regierungsamtsblättern Danzig vom 16. Februar 1918, S. 61 und Marienwerder vom 14. Februar 1918 S. 43) inkraft.

Satz 3.

Jeder Viehhalter ist verpflichtet, den Beauftragten der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle und des Kommunalverbandes jederzeit auf Erfordern alle Veränderungen in seinem Viehbestande nachzuweisen und zwar:

a) bei Vieh, das zur Schlachtung abgegeben ist, durch Vorlage des Kaufscheines,
b) bei Vieh, das zu Zucht- oder Nutzzwecken abgegeben ist, durch Vorlage des Kaufscheines und der Ausfuhrerlaubnis,
c) bei Tieren, die hausgeschlachtet sind, durch Vorlage der Schlachtungserlaubnis,
d) bei Tieren, die notgeschlachtet sind, durch Vorlage der Bescheinigung über Ablieferung des Fleisches an den Kommunalverband oder über die sonstige Verwertung des Tieres,
e) bei verendeten Tieren durch Vorlage einer Bescheinigung des Abdeckers über Ablieferung des Kadavers oder des Gemeinde- (Guts-) Vorstehers über die Beseitigung des Kadavers,
f) bei gestohlenen oder abhanden gekommenen Tieren durch Vorlage eines Nachweises über erstattete Strafanzeige.

Satz 4.

Jeder Viehhalter ist verpflichtet, den mit der Ueberwachung der Viehbestände und Aufbringung des Schlachtviehs Beauftragten des Kommunalverbandes und der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle, die sich als solche ausweisen, den Zutritt zu den Räumen und Orten, in denen sich das Vieh befindet, zu gestatten, an der Besichtigung teilzunehmen und jede verlangte Auskunft über seinen Viehbestand wahrheitsgemäß zu erteilen.

Satz 5.

Hammellämmer, gleichgiltig ob zur Schlachtung oder zu Nutzzwecken, dürfen nur an den westpreußischen Viehhandelsverband zu Danzig oder dessen mit einer blauen Ausweiskarte oder Nebenkarte gemäß § 7 der Satzung des westpreußischen Viehhandelsverbandes vom 26. Oktober 1916 versehenen Aufkäufer (Haupt- oder Unteraufkäufer) veräußert werden.

Satz 6.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden aufgrund der eingangs bezeichneten Verordnungen und Anordnungen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Satz 7.

Diese Anordnung tritt am 17. November 1918 inkraft.

Danzig den 13. November 1918.
Tgb. 8. 7000/18.

Königl. preußische Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Westpreußen.

Ehrhart Mühlberg,

Konzert- und Oratoriensänger (Tenor)
Gesanglehrer

Tonbildung und vollständige Stimmentwicklung bis zur Konzert- und Bühnenreife.
— Stimmprüfung nach vorheriger Anmeldung. —
Thorn, Schulstraße 13, II.

Auto

zum Ärzte- und Krankentransport steht noch zur Verfügung. **E. Spratler,** Culmer Chaussee 6, Teleph. 376.

Wilhelm Welhausen, Neust. Markt 11.
Beste schwarze Schuhkreme.

Halle geeignet für Automobil-Reparaturwerkstätte

und zum Unterstellen einiger Automobile, evtl. in Verbindung mit kleiner Wohnung, möglichst in lebhafter Gegend von Thorn gesucht.

Angebote unter G. 3832 a. d. Geschäftsst. d. „Presse“.

Volkshochschulkurse.

Die Vorlesungen beginnen wieder Donnerstag den 21. November, von 6—8 Uhr.

Es lesen:

Studienrat **Dr. Jacobi:** Montag von 6—7.
Oberlehrer **Johannes:** Montag von 7—8 und Dienstag von 6—7.
Medizinalrat **Dr. Witting:** Donnerstag von 6—7.
Pfarrer **Heuer:** Donnerstag von 7—8.

Der Coppernikus-Verein.
Lic. Freytag.

Buß- und Bettag, Mittwoch den 20. November, abends 7 Uhr in der Garnisonkirche:

Kirchen-Konzert

unter Mitwirkung von Frau Helene Daroitt, (Sopran), Herr Konzertsänger Triem, Berlin, (Tenor), Herr Opernsänger Wilhelm Frenkel (Bariton), Herr Dr. Hellmut Neumann (Cello), Herr O. Steinwender und des Singvereins, veranstaltet von Fritz Char, königl. Musikdirektor (Orgel).

Eintrittskarten 1 Mk., Familienkarten 3 Stück 2 Mk., Schülerkarten 0.50 Mk. Karten für Militär 0.50 Mk. in der **Lambeck**'schen Buchhandlung. Abendkasse am Eingang zur Kirche.

Odeon-Lichtspiele, Gerechtestr. 3.

Von Dienstag bis Donnerstag:

Die Tat und ihre Schatten.

Drama, 5 Akte.

Hauptrolle: Alf Blücher und Zanny Petersen.

Hasemanns Glück und Ende.

Lustspiel, 3 Akte.

Hauptrolle: Hanny Ziener.

Preiskegeln.

Lustspiel, 3 Akte.

Fuhrleute

zum Anfahren von Rundholz nach meinem Dampfsägewerk Mocker, Nonnenstraße 3, sofort gesucht.

G. Soppart,
Fischerstraße 59.

Junges Mädchen,
welches die Buchführung gelernt hat, wünscht passende Stellung.
Angebote unter **C. 3828** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Junges Mädchen,
lange Zeit in einem großen Betriebe tätig gewesen, sucht zum baldigen Antritt Stellung.
Angebote unter **E. 3830** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Blaue Wiener Häsin,
besonders großes, schönes Tier, gegen ganz weiße Angora-Häsin zu tauschen gesucht. Parkstr. 16a, 1, r.

Suche auf sichere Hypothek

25000 Mark

auf ein am Markt gelegenes Geschäftsgrundstück.
Angebote unter **H. 3833** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Junger Mann,

ev., 23 Jahre alt, guter Charakter, wünscht ebensolche Dame zwecks späterer Heirat kennen zu lernen.
Gefl. Zuschriften mit Bild, welches sofort zurück gesandt wird, unter **Y. 3824** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Wirtin, 25 Jahre alt, evangel., Kinderfräulein, 21 Jahre alt, kath., da sie sich sehr einsam fühlen, möchte gern die Bekanntschaft eines edeldenkenden netten Herrn machen. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Bild erwünscht. Gefl. Zuschriften unter **J. 3834** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

---

300 Mark Belohnung.

In der Nacht vom 15. bis 16. November ist mir ein

Pferd gestohlen

worden. Fuchs mit Bläße, Hinterbeine weiß gestiefelt, Größe ca 1,60 m, besonderes Merkmal: Zwitterbildung. Wiederbringer erhält 300 Mark Belohnung.

Witte,
Niemczik bei Wrotzlawken.
Fernruf: Kornatowo 4.

In der Nacht zum 2. November sind mir von dem Arbeiter **Johann Pietraczewski**

Betten und anderes mehr entwendet worden.

Erkennungszeichen linkes Bein steif. Wer mir zur Ergreifung des Täters verhilft, zahle ich angemessene Belohnung. Frau Minna Bönsel, **Schwarzbruch, Kreis Thorn.**

Schwarze

Lederhandtasche

Sonntag nachm zwischen ½5—½6 in der Elektrischen liegen gelassen.
Bitte dieselbe gegen Belohnung abzugeben bei Frau **Stoller,** Gerstenstraße 9a.

Achtung!

Deutscher Militärarbeiter-Verband.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 20. Nov. 1918, 6 Uhr abends,
im Saale Nikolai, Maurerstr. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Stadt-Theater

Dienstag, 19. Novemb., 5½ Uhr:
Neu einstudiert!
Drei alte Schachteln.

Mittwoch, 20. Nov. (Bußtag)
bleibt das Theater geschlossen.

Donnerstag, 21. Nov., 5½ Uhr:
Drei alte Schachteln.

Freitag, 22. November, 5½ Uhr:
Neu einstudiert!
Hasemann's Töchter.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht
J. Maus, Hamburg 5.

Mein Kutscher hat am Sonnabend Abend auf dem Wege vom Postamt Thorn-Mocker nach der Fabrik

2 Pakete verloren

(Inhalt Riemenklammern u. Klebemarken). Der ehrliche Finder erhält bei Ablieferung eine Belohnung.

Gustav Weese,
Thorn-Mocker, Fritz Reuterstr. 22.

Sonntag vom Wollmarkt bis Schützenhaus eine

braune Brieftasche

verloren. Da meine Urlaubspapiere drin sind, wird ehrlicher Finder gebeten, sie gegen Belohnung bei Malzahn, Heiligegeiststr 15, abzugeb.

Silberne Damenuhr

ohne Kette, Donnerstag Abend auf dem Wege Lindenstraße verloren. Ehrlicher Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung Lindenstraße 26, 1, abzugeben.

Verloren schwarzes Damenlacktäschchen

mit Inhalt Sonnabend, nachm. in Mocker. Gegen Belohnung abzugeben Gerstenstraße 33/35, 2.

Graue Katze,

am Halse weißes Fleckchen, verlaufen. Gegen Belohnung abzugeben Brombergerstr. 90, pt., r.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Novemb.	—	—	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	1	2	3	4	5	6	7
Dezember	8	9	10	11	12	13	14
	15	16	17	18	19	20	21
	22	23	24	25	26	27	28
1919	29	30	31	—	—	—	—
Januar	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	29	30	31	[illegible]